



**Fraktion  
im Rat  
der Gemeinde Extertal**



Extertal, 13.2.2017

An die  
Gemeinde Extertal  
Frau Bürgermeisterin  
Monika Rehmert  
- Rathaus -  
32699 Extertal-Bösingfeld

## **Antrag zum Haushaltsplan 2017; hier: Änderungsvorschläge**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Rehmert,

im Rahmen der Haushaltsberatungen 2017 stellt die UWE-Fraktion den folgenden **Antrag** mit Änderungsvorschlägen. Alle Punkte sind einer Entscheidung zuzuführen. Der Rat der Gemeinde Extertal möge beschließen:

### **1. Mittel für Gebäudesanierung und Straßenunterhaltung**

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass 2017 mit ca. 150000 € deutlich mehr Mittel für den Bereich der Straßensanierung im Haushalt eingestellt worden sind - das gilt auch für die Finanzplanung 2018. Auf der Prioritätenliste für die Sanierung der Schulgebäude sind in 2017 ca. 1,2 Millionen € vorgesehen. Sukzessiv soll in den nächsten Jahren der Investitionsstau in dem Bereich abgebaut werden. Es ist daher ratsam, an dem Fahrplan zur frühzeitigen Verabschiedung des Haushaltes festzuhalten.

Es bleibt weiterhin äußerst wichtig, schwerpunktmäßig in die Werterhaltung bes. unserer Schulgebäude und Straßen zukünftig Gelder zu investieren. Deshalb ist zu prüfen, ob in den nächsten Jahren höhere Investitionssummen als derzeit vorgesehen, in die Realität umgesetzt werden können - sofern dies technisch und betriebswirtschaftlich möglich ist. Aufgrund der aktuell noch niedrigen Zinsen ist dann auch eine Kreditaufnahme in den Beratungen in Erwägung zu ziehen. Ziel muss es sein, die von der Verwaltung geschätzten und zu erwartenden Investitionssummen möglichst schnell und verantwortungsvoll „abzuarbeiten“. Für die Diskussions im Fachausschuss zu dieser Thematik würden wir dann zu gegebener Zeit die Verwaltung um konkrete Vorschläge bitten.

Wir legen großen Wert darauf, dass die Investitionspauschale ausschließlich zweckdienlich für Investitionen verwendet wird.

Wir schlagen vor und wünschen, dass sich die auf der Prioritätenliste befindenden Baumaßnahmen nicht nur auf die Ferienzeit beziehen. Das wäre ein zu kurzes Zeitfenster. Darüber hinaus könnten schlechte Witterungsverhältnisse die Durchführung der Arbeiten zusätzlich erschweren. In enger Absprache mit den Schulleitungen sind aus unserer Sicht durchaus Einschränkungen im Schulbetrieb zumutbar, damit die Sanierungsmaßnahmen optimal umgesetzt werden können.

Schlaglöcher und Risse gibt es auf vielen Straßen in unserer Gemeinde. Es besteht die berechtigte Hoffnung, dass 2017 deutlich mehr Maßnahmen zur Beseitigung und Ausbesserung von Schäden angegangen werden. Mehr Effizienz und Synergieeffekte können durch eine stärkere Zusammenarbeit mit dem Kreis erzielt werden. Eine längere Haltbarkeit ist durch Warmbitumen eher erreichbar.

## 2. Busbahnhof Schulzentrum

Der Beschluss für die Umsetzung der Maßnahme ist gefasst worden. Es gilt nun, die Kosten im Blick zu behalten. Wir sind dafür, die Baubegleitung / -betreuung vor Ort von eigenem Verwaltungs- / Fachpersonal durchführen zu lassen. Es ist alles zu unternehmen, die aktuell veranschlagte Investitionssumme einzuhalten, wenn nicht sogar den Eigenanteil der Gemeinde zu reduzieren.

## 3. Grundsteuer A und B / Hundesteuer

Die UWE-Fraktion lehnt eine Erhöhung der Grundsteuern in 2017 ab. Für das Haushaltsjahr 2018 ist mit der Diskussion über Änderungen bzw. Anpassungen der Hebesätze in diesem Bereich rechtzeitig zu beginnen.

Vorbehaltlich der Entscheidungen in diesem Bereich für 2018: In der Tagespresse - evtl. auch in Bürgerversammlungen - ist bereits im Vorfeld etwaiger Entscheidungen Transparenz zu schaffen und die haushaltstechnischen Zusammenhänge bei notwendigen und unumgänglichen Erhöhungen in der Öffentlichkeit zu erklären.

Bzgl. der Hundesteuer liegt ein Antrag unserer Fraktion vor (2.1.2016), über den leider noch immer nicht entschieden wurde. Stattdessen vertagte man mehrfach die abschließende Behandlung des Themas. Wir stehen zu der moderaten Anhebung. In anderen Bereichen wurden in der Vergangenheit ebenso Anpassungen vorgenommen, wenn dies über etliche Jahre nicht geschehen ist. Andere Kommunen handeln ähnlich. Wir sehen deshalb eine Anhebung als durchaus üblichen Vorgang an. Weil kein Beschluss in der Richtung gefasst wurde, fehlt uns nun das Geld im Haushaltsplan für 2017.

Wir stellen **erneut** den Antrag, eine Hunde-Bestandserhebung in unserer Gemeinde durchzuführen. Über diesen Vorschlag ist letztlich noch nicht entschieden worden.

## 4. Personalbewirtschaftung / Stellenplan

Ca. 15 Stellen wurden in den letzten ca. 12 Jahren im Bereich der Kernverwaltung abgebaut. Im Bauhofbereich sind in den letzten 2 Jahren 3 Stellen freigesetzt worden, über einen Zeitraum von ca. 15 Jahren ist die Belegschaft mehr als halbiert worden. Das alles hat zu einer erhöhten Arbeitsverdichtung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geführt. Gleichzeitig sind die Anforderungen, denen sich eine Gemeindeverwaltung stellen muss, umfangreicher und anspruchsvoller geworden. Der unseres Wissens nach relativ hohe Krankheitsstand könnte ein Indiz für diese Negativentwicklung sein.

Dies alles lässt sich nicht mehr in dem Umfang, wie in den zurück liegenden Jahren, kompensieren. Um die Handlungsfähigkeit der Verwaltung als moderner Dienstleister weiterhin zu gewährleisten, ist es erforderlich, dem mit einem entsprechenden Personalschlüssel zu begegnen. Wir erinnern in diesem Zusammenhang wiederholt daran, dass wir als Kommunalpolitiker eine Fürsorgepflicht gegenüber den Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern haben. Ein weiterer Personalabbau ist bei den inzwischen zu bewältigenden Aufgaben kaum mehr zu vertreten. Natürlich hat die Verwaltung zu reagieren, wenn sich beispielsweise aufgrund interkommunaler Entwicklungen und geänderter (gesetzlicher) Vorgaben sowie Rahmenbedingungen Möglichkeiten ergeben, Stellen zu reduzieren oder freizusetzen.

Der Stellenplan ist - losgelöst vom Haushalt 2017 - intensiv zu beraten und dann evtl. anzupassen.

## 5. Interkommunale Zusammenarbeit

Einsparungschancen und Möglichkeiten, die sich aus dieser Thematik ergeben, sind zielstrebig zu verfolgen. Realistische Potentiale und Synergieeffekte sind zu nutzen. Hierüber sollte im Rahmen einer Bürgermeisterkonferenz verstärkt und schwerpunktmäßig gesprochen werden, falls dies nicht schon geschehen ist. Über Ergebnisse ist der Extertaler Rat zu unterrichten. Danach sind konkrete Umsetzungsmöglichkeiten in den politischen Gremien weiter zu diskutieren.

Darüber hinaus beantragen wir eine Informationsveranstaltung mit einem Experten des nordrhein-westfälischen Städte- und Gemeindebundes bzw. der Kommunalagentur, der uns auf noch nicht erschöpfte Potentiale hinweist und über Erfahrungen anderer Kommunen berichtet.

Konzept zur Zusammenarbeit im Wasser- und Abwasserbereich: Wir sind für eine entsprechende Untersuchung und halten die ca. 5250 € grundsätzlich für sinnvoll angelegtes Geld. Wir verbinden damit die Hoffnung auf Einsparpotentiale. Die Mittel stehen im Haushalt 2017 bereit, ein entsprechender Beschluss wurde vertagt. Wir sind dafür, die Organisationsanalyse möglichst bald durchzuführen, sind jedoch vorerst gegen eine entsprechende Ausgabe und damit Durchführung seitens der Kommunalagentur. Vielmehr sind in der ersten Stufe ernsthafte und ergebnisorientierte Gespräche zwischen den Wirtschaftsbetrieben in den vier nordlippischen Kommunen zu führen. Die Ergebnisse sind abzuwarten, bevor ggfs. weitere konzeptionelle Überle-

gungen seitens der externen Agentur angestellt werden.

Die Stelle des Tiefbauingenieurs ist aus unserer Sicht unentbehrlich. Andere Lösungsansätze sind nicht zielführend und würden dem Wasser- und Abwasserbereich, der vor wichtigen Aufgaben steht, erforderliche Fachkompetenz entziehen.

Die Verwaltung hat stellenplankonform gehandelt und ausgeschrieben, um eine Neueinstellung vorzunehmen. Sollten entsprechende Untersuchungen und die Ergebnisse der Organisationsanalyse zeigen, dass andere Modelle und Lösungsansätze für Extertal ein Einsparpotential bieten, dann ist darauf zu reagieren.

## 6. Flüchtlinge

Dieser politische Bereich ist eine Pflichtaufgabe, der wir uns nicht entziehen können. Alle wesentlichen gesetzlichen Grundlagen und Vorgaben basieren auf Entscheidungen, die auf Bundesebene getroffen wurden. Deswegen kritisieren wir massiv, dass auch 2016 (wie 2015) ein deutliches Defizit in diesem Haushaltsansatz zu verzeichnen ist.

Die Proteste für einen Ausgleich der Kosten sind fortzusetzen und zu verstärken.

Dies widerspricht nicht der von uns getragenen Willkommenskultur. Menschen mit Migrationshintergrund, die einen rechtmäßigen Aufenthalt in unserem Land anstreben, haben ein Anrecht darauf (während der Überprüfung ihres Anliegens) und müssen - genauso wie die einheimische Bevölkerung - mit Respekt und Offenheit behandelt werden.

Im Fachausschuss ist frühzeitig zu beraten, wie mit den Stellen (4,28) künftig verfahren wird. Wir beantragen eine Beratung im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung am 23. März.

Die Entwicklung im Flüchtlingsbereich ist schwer einzuschätzen. Trotzdem muss es das Ziel sein, durch personell-strukturelle Veränderungen die Stellenanteile zu reduzieren.

Aufgrund der deutlich geringeren Ausgaben im Jahr 2016 sind für 2017 die veranschlagten Haushaltsmittel um **150000 €** zu reduzieren.

## 7. Küche Sekundarschule

Mit der Schulleitung der Sekundarschule wurde vereinbart, die Toilettensanierung vorzuziehen und die 2016 veranschlagten Mittel für die Schulküche dafür zu verwenden. Wir befürworten, die ermittelten Beträge - wie vorgesehen - für die Sanierung / Neuinstallation der 2. Küche im Schulzentrum 2018 in den Haushaltsplan einzustellen.

## 8. Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende und stv. Fraktionsvorsitzende (Fraktionen mit mind. acht Ratsmitgliedern)

Auf Basis einer neuen landesgesetzgeberischen Grundlage, besteht aus unserer Sicht

die **Möglichkeit**, für die o.g. Funktionen eine mtl. Aufwandsentschädigung in Höhe von 200 € zu gewähren. Wir lehnen dies ab und sind für eine Streichung der bereits eingeplanten Haushaltsmittel. Sollte es sich (in Teilen) um eine verpflichtende Bestimmung handeln, appellieren wir an die Berechtigten, darauf zu verzichten. Derzeit prüft die Fachabteilung in der Gemeindeverwaltung, ob die Entschädigung für stv. Fraktionsvorsitzende fakultativ ist oder nicht. Es gibt natürlich Argumente für eine Zahlung dieser Aufwandsentschädigung, die mit großer Zustimmung des NRW-Landtages beschlossen wurde, auch wenn sie absolut nicht in unsere „finanzielle Situation“ hineinpasst. Letztlich muss jedoch eine gesetzeskonforme Entscheidung getroffen werden.

## 9. Zuschüsse an Sportvereine / Sportpaket - Sportpauschale

In den Haushaltsplan ist das Sportpaket 1 : 1 übernommen worden, wie im letzten Fachausschuss als Vorlage bereits diskutiert.

In etlichen Sitzungen und Gesprächskreisen sind wir zu der Überzeugung gekommen,

dass die Beträge eine zu hohe Belastung für die Vereine darstellen. Wir sprechen uns für andere Ansätze aus. Die Vereine haben signalisiert, dass sie sehr wohl die prekäre finanzielle Lage der Gemeinde wahrnehmen und sind grundsätzlich bereit, zu einer Konsolidierung der Kosten im Sportbereich beizutragen. Das ist anerkennenswert. Nach einer politischen Entscheidung sind mit den Vereinen 5-Jahresverträge abzuschließen, um erst einmal mittelfristig Planungssicherheit herzustellen.

- a) Betriebskostenzuschüsse in Höhe von 20.000 €: Sie bleiben in der Höhe erhalten. Die Verteilung durch den GSV im Jahre 2016 hat sich als sehr praktikabel erwiesen.
- b) Pacht (FCO und VSV): Den Pachtzins zahlen die beiden Vereine.
- c) Festwiese Almena: Der TuS Almena erhält 500 €.
- d) Tennisplatz und Lärmschutzwall Bösingfeld Schulzentrum: Der FCO erhält 1000 €.
- e) Hallenbenutzungsgebühren: Wir sprechen uns für 2,50 € aus.

Erbpacht für das Gelände „Tennisplatz“ am Schulzentrum: Wir sind grundsätzlich gegen eine fortgesetzte Entrichtung des Betrages. Es muss eine Lösung gefunden werden! Weitere ca. 50 Jahre Erbpachtzahlung bedeuten wenigstens 150.000 €. Eine rechtlich korrekte Vorgehensweise muss gefunden werden, den Betrag für die Gemeinde zu streichen oder wenigstens deutlich zu reduzieren. Natürlich sind die vertraglichen Vereinbarungen (Erbpacht) gegenüber dem Eigentümer einzuhalten.

Sportvereine erfüllen eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe. Dafür können wir alle und als Gemeinde dankbar sein. Die Wertschätzung der Arbeit muss sich in Theorie und Praxis widerspiegeln. Deswegen beantragen wir erneut eine inhaltliche Überarbeitung, Aktualisierung und „Reaktivierung“ des „Sportpaktes“. Über die künftige Verwendung bzw. Aufteilung der vom Land gewährten Sportpauschale ist aufgrund veränderter Rahmenbedingungen neu zu entscheiden.

## 10. Tag des Ehrenamtes

Allgemeiner Konsens ist derzeit, den Tag alle 2 Jahre zu begehen. Daher ist die nächste Veranstaltung im Jahr 2018 durchzuführen. Das musikalische Rahmenprogramm und ein angemessenes Getränke- und Imbissangebot sind frühzeitig politisch zu beraten. Entscheidungen diesbezüglich sollten über Sponsoren finanziert werden.

## 11. Weihnachtsmarkt

Aus subjektiver Sicht ist ein Rückgang der Standanbieter in den letzten Jahren festzustellen. Wir bitten die Marktleiterin in einer Sitzung kurz zu berichten und ihre Einschätzung zu der Feststellung mitzuteilen.

Ziel sollte es sein, in den nächsten Jahren größere Lücken wieder zu schließen und weitere Angebote vorzuhalten. Es könnte versucht werden, über stärkere Bewerbung des Weihnachtsmarktes neue Anbieter zu gewinnen.

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, Sponsoren zu finden, um evtl. über das Thema „reduzierte Standgelder“ Anreize für Standanbieter zu schaffen. Damit könnte zugleich der Haushaltsansatz für das Produkt „Weihnachtsmarkt“ reduziert werden. Das traditionelle Grünkohlessen ist weiterhin kostendeckend zu gestalten (Sponsoren und / oder Beteiligung der Gäste).

## 12. Sächlicher Verwaltungsaufwand

Wir verweisen auf unseren Antrag vom 12.12.2016. Die Vorschläge sind schwerpunktmäßig in 2017 zu beraten. Wir glauben, dass die zu erwartenden Ergebnisse zu Einsparungen führen werden.

## 13. Dorfgemeinschaftshäuser

Grundsätzlich sind wir der Auffassung, **alle** Dorfgemeinschaftshäuser **ausnahmslos** in die Handlungs- und Finanzverantwortung der Vereine / Dorfgemeinschaften zu übergeben. Wir verkennen jedoch nicht die unterschiedlichen Leistungsfähigkeiten und Rahmenbedingungen in den einzelnen Orten, so dass letztlich eine differenzierte Betrachtung erfolgen muss. Es kann und darf jedoch nicht sein, dass einige Träger / Vereine alle Kosten übernehmen müssen und andere gar nichts bezahlen. Eine angemessene Beteiligung der jeweiligen Vereine / Dorfgemeinschaften ist anzustreben. Für Bremke ist ein Nutzungsvertrag mit der Gemeinde in Bearbeitung und muss zügig zum Abschluss gebracht werden. Die Gespräche mit den anderen Vereinen in Laßbruch und Meierberg sind aufzunehmen und die Verträge entsprechend anzupassen. Die Beträge für Haftpflicht- / Gebäudeversicherung sowie evtl. anfallende Mieten in Almena und Silixen sind weiterhin seitens der Gemeinde zu entrichten.

## 14. Seniorenbeirat

Wir befürworten den Antrag des Seniorenbeirates auf Bewilligung eines Betrages

in Höhe von 500 €.

## 15. Winterdienst

Wir befürworten eine Neuausschreibung des Winterdienstes für das kommende Winterhalbjahr. Verträge sind auf **mind.** 5 Jahre abzuschließen. Grundsätzlich sollte eine Ausschreibung erfolgen, um möglicherweise Neu-Anbietern eine Chance zu geben.

Der Einsatz von Flüssigsalz ist weiterhin im Auge zu behalten. Eine mittelfristige Einführung von Salzsole ist aus ökologischer Sicht anzustreben.

## 16. OGS Bösingfeld und Silixen

In beiden Einrichtungen wird ausgezeichnete Arbeit geleistet. Eine gut funktionierende OGS ist ein weiterer und wichtiger kommunaler Standortfaktor und ein Baustein für die Familienfreundlichkeit einer Gemeinde. Wir haben im letzten Jahr bereits Anpassungen bei der Gebührenstruktur vorgenommen. Dabei sollte es aus unserer Sicht bleiben. Vorsorglich weisen wir darauf hin, dass die UWE-Fraktion eine Zusammenlegung der beiden OGS-Standorte ablehnt.

Wir schlagen vor, auf das Land einzuwirken, sich mit einem höheren Zuschuss zu beteiligen.

Das Thema OGS Silixen und Bösingfeld ist auf die Tagesordnung eine der nächsten Fachausschusssitzungen zu setzen. Wir haben - allerdings nicht offiziell - Kenntnis erlangt, dass bauliche Maßnahmen im OGS-Bereich erforderlich seien.

## 17. Friedhöfe

Wir verweisen auf unsere Anträge vom 7.11.2015 und 17.11.2016. Wir erinnern besonders an die Möglichkeiten zu Einnahmeverbesserungen.

Das Flächennutzungskonzept sehen wir mittlerweile in etlichen Bereichen als kritisch an und glauben immer mehr, dass eine Umsetzung zu einer deutlichen Missstimmung und Unzufriedenheit in der Bevölkerung führen wird. Wir benötigen den gesellschaftlichen Konsens und plädieren weiterhin für eine behutsame Vorgehensweise. Zeitdruck auszuüben ist der Sache nicht dienlich. Wir beobachten, dass übereilt gefasste Beschlüsse in anderen Kommunen bereits zu gegenläufigen Initiativen geführt haben.

Wir wiederholen unsere Forderung, Gelder für die Sanierung der Meierberger Kapelle in den Haushalt 2018 einzustellen.

## 18. Gewerbesteuer

Es ist derzeit schwierig und auch nicht zu verantworten, eine Entscheidung zu treffen, die die Senkung der Gewerbesteuer zum Inhalt hat. Im Zuge der weiteren Beratungen zum Thema „Wirtschaftsförderung“ sollte das Ziel jedoch nicht aus den Augen verloren gehen. Im Zuge dieser Diskussionen sind Überlegungen anzustellen, in den Jahren 2018 oder 2019 den Gewerbesteuerhebesatz zu senken - allein, um ein

Zeichen zu setzen.

Der Gewerbesteuer**ansatz** im Haushalt 2017 ist auf **5,8 Millionen €** anzuheben.

## 19. Straßenbeleuchtung

Ca. 2/3 unserer Straßenbeleuchtung ist auf LED-Betrieb umgestellt worden. Wir glauben, es gibt ein weiteres Einsparpotential. Vor einer Entscheidung wird die Energiekommission beauftragt, über das Thema vorbereitend zu beraten und einen sinnvollen Weg für anschließende Entscheidungen aufzuzeigen. 2017 sollte es zu zukunftsweisenden Entscheidungen kommen. Wir sind für einen nennenswerten Rückbau der Straßenbeleuchtung. Die Verwaltung hat ein Konzept mit Vorschlägen aufzustellen, welche Straßenlampen - ohne die Verkehrssicherungspflicht zu gefährden - aus ihrer Sicht entbehrlich sind.

Die Praxis einer Kostenübernahme - bei Wunsch von verlängerten Einschaltzeiten durch Vereine oder Bürger, generell oder bei Veranstaltungen - ist beizubehalten.

## 20. Bücherei

Sollten sich **strukturelle Änderungen** im Personalbereich der Kernverwaltung ergeben, ist ernsthaft eine Umsetzung der hauptamtlichen Personalie in der Bücherei zu prüfen. In einem solchen Fall wären Fortbildungsmaßnahmen durchaus zuzumuten. Eine Fortführung des Büchereiangebotes ist auf jeden Fall (evtl. mit verkürzten Angebotsstunden) mit ehrenamtlichen Kräften - wie dies in Almena und Silixen geschieht - sicherzustellen.

## 21. Patenschaften / Sponsoring

Unser Vorschlag in diesem Bereich ist bei den letzten Haushaltsberatungen nicht ernsthaft diskutiert worden. Wir meinen, es ist einen Versuch wert, offensiv um private Unterstützung zu werben. Uns ist bekannt, dass der „Spendenmarkt“ hart umkämpft ist und viele Organisationen und Einrichtungen Spendenwünsche äußern. Unsere Hoffnung ist trotz allem, dass die Gemeinde Extertal - auch wenn das sicherlich bereits in Teilbereichen geschieht - von Sponsoring profitieren könnte. In diesem Zusammenhang schlagen wir vor, im Vorfeld der Beratungen eine Expertin / einen Experten für Fundraising zu Rate zu ziehen.

## 22. Protest gegen die Praxis der kommunalen Finanzierung

Wir erneuern unsere Kritik gegenüber der kommunalen Finanzierungspraxis durch Bund und Land. Die kommunale Selbstverwaltung ist in höchster Gefahr und droht weiterhin, vielen Kommunen im Land „die Luft zum Atmen zu nehmen“. Extertal – wie auch andere Gemeinden - erhält keinen gerechten und ausreichenden Finanzausgleich aufgrund etlicher kommunalbelastender Gesetze und Entscheidungen. Das Konnexitätsprinzip greift nicht immer. Es geht uns keineswegs darum, Emotionen zu



schüren und Klischees zu bedienen, ganz im Gegenteil. Ein Paradebeispiel stellt die Flüchtlingsfrage dar: Die Kommunen erhalten bei weitem nicht die notwendigen und gerechtfertigten Gelder zur Bewältigung aller Aufgaben. Das muss man sagen dürfen, ohne gleich in eine bestimmte politische Ecke gestellt zu werden.

In der Bürgermeisterkonferenz sind Überlegungen anzustellen, ob es erfolgsversprechende Ansätze für Klagen gibt und wie groß die Chancen sind, gemeinsam einen Vorstoß zu wagen. Die Kommunen benötigen einen besseren Finanzausgleich, der in fairer Weise ihre Aufgabenvielfalt und infrastrukturellen Notwendigkeiten berücksichtigt. Im Laufe des letzten Haushaltsjahres konnten wir wiederholt in der Tagespresse lesen, dass Kommunen den Gerichts- / Rechtsweg eingeschlagen haben. Namhafte Bürgermeister und Kommunalpolitiker kritisieren die Praxis von Bund und Ländern ebenso, wie mit Kommunen in der Frage der Finanzierung umgegangen wird.

2017 ist Wahljahr. Gerade jetzt ist es darum ratsam, politische Gesprächsrunden zu initiieren. Wir fordern, zunächst mit den lippischen Landtagskandidaten, dann mit den Bundestagskandidaten zu diskutieren. Es stellt sich dabei die Frage, wie sie alle zu der finanziellen Grundausstattung für die Kommunen stehen. Diese Gesprächsrunden haben im Beisein von Medienvertretern stattzufinden. Eine öffentlich-wirksame Beurteilung der Bürger in diesem wesentlichen Politikbereich kann für ihre Wahlentscheidung ein wesentlicher Faktor sein. Diese Gesprächsrunden fordern wir seit Jahren, es ist aber nie umgesetzt worden.

## 23. Freibadvereine

Die Mittel im Ansatz für die Freibadvereine bleiben in der Höhe erhalten. Beide Vereine leisten enormes ehrenamtliches Engagement. Das unterstützen wir. Obwohl es Aufgabe der Gemeinde gewesen wäre, die Investitionen für die unabdingbaren Maßnahmen im Entwässerungsbereich zu tätigen, hat dies der Bösingfelder Verein übernommen.

Beide Bäder sind ein wichtiger Standortfaktor und stehen für gesteigerte Attraktivität für unsere Gemeinde. Solange dieses ehrenamtliche Engagement existiert, sind die Bäder zu erhalten. **Die Diskussionen um etwaige Schließungspläne müssen aufhören.**

Wir sind überzeugt: Wenn wir den Akteuren eine angemessene Wertschätzung für ihre ehrenamtliche Arbeit entgegenbringen, uns hinter die Existenz unserer Bäder stellen sowie durch vertragliche Regelungen mehr Planungssicherheit für die Vereine schaffen, dann werden auch die Chancen für mehr Bürgerengagement steigen.

## 24. Zuschuss Hallenbad Bösingfeld

Es zeichnet sich ab, dass die Nutzerzahlen im Bösingfelder Hallenbad in diesem Winterhalbjahr erneut steigen. Dies zeigt, dass die Menschen das Bad annehmen. Ebenso wie im Freibadbereich gilt unser Dank dem ehrenamtlichen Einsatz der Mitglieder des „Fördervereins Schul- und Breitensport Extertal“. Der Schwimmbetrieb muss weitergehen und deshalb sind wir für die Einstellung des bisherigen Betrages

für das 2. Halbjahr 2017.

Sollte eine politische Mehrheit den Zuschussbetrag in Höhe von 18500 € (für das ganze Jahr) reduzieren wollen, dann hat sich die Gemeinde im Zuge der Gleichbehandlung an den Wasserkosten zu beteiligen.

## 25. Feuerwehr

Feuerschutz ist eine kommunale Pflichtaufgabe. Dass wir (noch) genügend freiwillige Feuerwehrkameradinnen und -kameraden in der Gemeinde haben, ist letztlich den Verantwortlichen in der Jugendfeuerwehr, den Wehr- und Löschgruppenführern, sowie den örtlich gut aufgestellten und technisch angemessen ausgestatteten Löschgruppen zu verdanken. Die benötigte Technik ist haushaltsmäßig finanziell abzuschaffen. Absolute Pflichtaufgaben sind zu erfüllen. Bei der Ausstattung des Feuerwehrpersonals mit Ausgehuniformen gibt es bekanntlich kontroverse Auffassungen. Nach Auskunft des NRW-Innenministeriums ist auch dieser Bereich zu den Pflichtaufgaben zu zählen. Wir mahnen eine für die Gemeinde akzeptable und für die Feuerwehr tragfähige Lösung an. Eine Ausstattung mit Ausgehuniformen hat zu erfolgen. Es gibt Signale für Kompromisslinien seitens der Feuerwehr.

Differenzierte Auffassungen bei Anschaffungen zwischen Verwaltung und Feuerwehr sind auch künftig den Fraktionen mitzuteilen.

## 26. Kopfpauschalen für Schülerinnen und Schüler

Für das Haushaltsjahr 2017 hat es keine Anpassung gegeben. Im Gespräch mit der Schulleitung der Sekundarschule und den Fraktionsvorständen sind wir überzeugt worden, dass ein erhöhter Finanzbedarf besteht und es deshalb wünschenswert ist, die Kopfpauschalen anzuheben. Wir beantragen für das Haushaltsgesetzjahr 2018, im Dialog mit den Schulleitungen eine Neufestsetzung zu erarbeiten und vorzunehmen.

## 27. Leader - Programm

Wir freuen uns, wieder den Zuschlag als Leader-Fördergebiet erhalten zu haben. Es ist künftig zu erwarten, dass es bei der Umsetzung von Maßnahmen unterschiedliche politische Auffassungen gibt. Während jedoch in der letzten Förderperiode auch Projekte aus dem Grund ausgeführt wurden, „nur um die zur Verfügung stehenden Gelder auszugeben“, darf diese Vorgehensweise in der jetzigen Periode keine gängige Praxis werden. Projekte sind intensiv zu beraten und möglichst konsensfähig zu machen, bevor es zu einer Entscheidung kommt. Zeitlicher Druck darf nicht entstehen. Die Öffentlichkeit ist ausreichend zu informieren und dann zu motivieren, Gelder aus dem Leader-Programm zu beantragen und abzurufen (s. UWE-Antrag vom 18.10.16).

Wirtschaftswegekonzept: Dieses Konzept in gemeindlicher Verantwortung sehen wir vorerst als entbehrlich an. Hier sollte erst einmal - falls machbar - über Alternativen nachgedacht werden, die der Gemeinde kein oder wenig Geld kosten. Vielleicht wären die Landwirte oder entsprechende Fachbehörden der Landwirtschaft in der Lage,

Handlungsempfehlungen im Bereich der Wirtschaftswege zu geben.

## 28. BHKW - Schulzentrum

Die UWE-Fraktion beantragt, nach Abschluss der durchgeführten Ertüchtigungsmaßnahmen (Technik / Mechanik / Elektrik / Steuerung) eine Kostenaufstellung zu erhalten.

Nach Fertigstellung sind dem Rat quartalsmäßig die Daten (Verbrauch, Einsparungen etc.) vorzulegen - erst einmal im Jahre 2017.

Freundliche Grüße

Manfred Stoller

Michael Wehrmann  
Hans Friedrichs